

## **Beschluss des Landrats vom 30.01.2025**

Nr. 967

### **27. Einweg E-Zigis gehören verboten** 2024/600; Protokoll: pw, cr

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, der Regierungsrat sei bereit den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

**Andrea Heger** (EVP) hält fest, dass der Handlungsbedarf im vorliegenden Fall so klar gegeben sei, dass eine Motion wirklich sinnvoll sei. Ein Postulat würde den Benefit verzögern oder gar ganz nichtig machen.

Der Landrat verlangt von Regierungsrat, Verwaltung und Leistungserbringern immer und immer wieder effizient, nachhaltig und vorausschauend zu arbeiten und dabei die Risiken abzuwägen und zu minimieren. Mit wenig Aufwand soll viel erreicht werden. Dies gilt für viele Bereiche, ob als Politiker oder Politikerin, im Dienstleistungssektor, im produzierenden Gewerbe, als Hausfrau, Hausmann, Landwirt in der Landwirtschaft, im Bankwesen, als Handwerker oder Lehrperson, ob im angestellten Verhältnis oder selbstständig arbeitend. Mit möglichst wenigen Ressourcen, wenig Zeit und Arbeitsaufwand soll ein Produkt mit viel Nutzen und guter Qualität zur Verfügung stehen. Dies gilt nicht nur für den Arbeitsbereich. Glücklicherweise hält das Leben auch noch anderes bereit. Auch dort gilt: Mit möglichst wenig Aufwand soll möglichst viel Genuss erreicht werden. All diese Anliegen möchte Andrea Heger mit dem Vorstoss «Einweg-E-Zigis gehören verboten» auch bewirken. Es ist völlig unsinnig, wenn wir etwas produzieren, nur einmal nutzen und dann wieder wegschmeissen, wenn mit praktisch den gleichen Ressourcen, der gleichen Zeit und dem gleichen Arbeitsaufwand etwas geschaffen werden kann, das viel langlebiger ist. Dass es nur eine Erde gibt und mit den Ressourcen schonend umgegangen werden soll, sind sich sicher alle genügend bewusst. Entsprechend muss wohl auch nicht mehr weiter ausgeführt werden, weshalb ein Verbot von Einweg-E-Zigaretten verlangt wird. Dabei ist zu betonen, dass es um Einweg-E-Zigaretten geht und nicht um alle E-Zigaretten. Gemäss den zuvor genannten Kriterien, effizient, nachhaltig und vorausschauend zu arbeiten, zu handeln und die Risiken abzuwägen und zu minimieren, ist es absolut angebracht, Einweg-E-Zigaretten zu verbieten. Somit noch zu einem weiteren Aspekt, weshalb die Überweisung dieses Vorstosses sinnvoll ist: Nikotin macht rasch süchtig und stark abhängig. Je früher Kinder und Jugendliche und junge Erwachsene zur Nikotinsucht verführt werden, desto längere und bessere Kundschaft gewinnt die Tabak- und Nikotinindustrie. Was die Kundschaft konsumiert, ist für die Produzenten eher zweitrangig. Hauptsache, sie werden abhängig und lassen viel Geld liegen. Die aktuell hoch im Kurs stehenden Einweg-E-Zigaretten werden ganz offensichtlich als Köder ausgeworfen, damit rasch viele Jugendliche an der Angelrute der Nikotinsuchtprodukte anbeissen und an Land gezogen werden können. E-Vapes sind bei der Markteinführung als vermeintlich gesunde Alternativen und Hilfsmittel angepriesen worden, um erwachsene, stark abhängige Raucherinnen und Raucher von der schädlichen Nikotinsucht wegzuführen. Doch längst ist klar, dass unter diesem verlogenen Deckmäntelchen die poppigen, mit trendigen Farben, Formen und allerlei feinen Geschmäckern ausgestatteten Einweg-E-Vapes genau auf das Gegenteil abzielen. Die Fakten verdichten sich auch immer stärker, dass die E-Vapes eben doch gesundheitsschädigend sind. Diesbezüglich verweist Andrea Heger auf die Antwort des Regierungsrats des Kantons Solothurn auf einen ähnlichen Vorstoss. Nachdem der Konsum von Raucherwaren mehrere Jahre Zuspruch verloren hat, soll jetzt Rauchen wieder cool und salonfähig gemacht werden, um ein möglichst junges Publikum anzulocken. Jüngste Erhebungen zeigen, dass die Raucherquoten unter den Jugendlichen wieder steigend sind. Was dies längerfristig für die Gesundheitskosten bedeuten wird, muss wohl nicht weiter ausgeführt werden. Andrea Heger

möchte wirksame und kosteneffiziente Massnahmen, um Suchtmittelmissbrauch und die negativen Auswirkungen einzudämmen. Frühe Interventionen spielen dabei eine zentrale Rolle. Solche Anliegen teilen eigentlich viele. Das jurassische Kantonsparlament hat Anfang September und die Parlamente von Wallis und Basel-Stadt haben im November 2025 ein kantonales Einweg-E-Zigaretten-Verbot beschlossen. Im Kanton Jura wurde die Motion sogar von einem SVP-Parlamentarier eingereicht. Weitere Vorstösse sind in Bern, Schaffhausen, Waadt, Solothurn unterwegs. Wenn nun in vielen Kantonen ein kantonales Verkaufsverbot für Einweg-E-Zigaretten eingeführt wird, dann erhöht dies den Druck in Bundesbern für ein nationales Verbot. Es ist nämlich noch nicht sicher, dass ein solches kommen wird. Die Erfahrungen zeigen, dass in Bern die Mühlen langsam mahlen. Auf kantonaler Ebene können Dinge glücklicherweise viel schneller umgesetzt werden, was der Baselpolier Regierungsrat und der Landrat in der Vergangenheit auch schon bewiesen haben. Ein erfolgreiches Beispiel ist der Verkauf von E-Zigaretten an Minderjährige. Einhellig und sehr zügig wurden im Kanton Basel-Landschaft unter Regierungsrat Thomas Weber die Jugendschutzanliegen im Tabakbereich umgesetzt, ohne die langwierigen Diskussionen beim Bund abzuwarten. National wurden mit dem neuen Tabakproduktegesetz, das per 1. Oktober 2024 in Kraft gesetzt wurde, die Jugendschutzanliegen bezüglich E-Zigaretten sehr verwässert. In Basel-Landschaft konnten nach einem 2018 eingereichten Vorstoss bereits im Herbst 2019 die E-Zigaretten den Tabakwaren gleichgesetzt und so viel schneller Verbesserungen erreicht werden. *Last but not least* spielt im Rahmen der Entsorgungsproblematik der Vapes die Erhöhung der Sicherheit ebenfalls eine Rolle. Dies müsste eigentlich auch die Herzen der SVP höherschlagen lassen. Ein Zitat aus der Oberbaselpolier Zeitung vom letzten Jahr: «*In der Schweiz kommt es immer wieder vor, dass sich ein nicht ordnungsgemäss entsorgter Akku im heimischen Mülleimer, im Entsorgungsfahrzeug oder in den Abfallanlagen durch einen Kurzschluss entzünden kann. Dabei können grosse Schäden entstehen.*» Andrea Heger hat auch schon Videos gesehen, in denen ganze Anlagen abgebrannt sind. Je weniger es solche Produkte gibt, desto weniger Risiken gibt es.

Andrea Heger bitte um Überweisung der Motion, um daraus in Basel-Landschaft das Bestmögliche für den Jugend- und Umweltschutz herauszuholen. Damit können gleichzeitig wichtige Anliegen berücksichtigt werden: effiziente Nutzung beschränkter Ressourcen, effektive Senkung der Gesundheitskosten, erfolgsversprechender Effort für mehr Sicherheit. Ein baldiges Verkaufsverbot von Einweg-E-Zigaretten hilft die Anzahl Abfallstoffe, Brand-, Umwelt- und Gesundheitsrisiken zu reduzieren.

**Nicole Roth** (SVP) nimmt vorweg, die SVP-Fraktion sei weder für die Überweisung als Motion noch als Postulat. Die zunehmende Verbotskultur wird als problematisch angesehen. Der Staat schreibt immer wie mehr vor, was man machen, wie man sich verhalten und wie gelebt werden soll. Es wird nicht infrage gestellt, dass es gesundheitliche Schäden geben kann, und es braucht eine Lösung, damit die Einweg-E-Zigaretten mit Akkus nicht in den normalen Abfall oder einfach sonst irgendwohin geworfen werden. Es erscheint aber nicht sinnvoll, eine kantonale Lösung auszuarbeiten. Wenn schon, dann braucht es eine nationale Lösung. Wie alle wissen, grenzt der Kanton Basel-Landschaft an die Kantone Aargau, Solothurn, Jura, Basel-Stadt und auch ans Ausland. Ausser den Kantonen Jura und Basel-Stadt kennen die weiteren Nachbarn kein Verbot. Für die SVP sind die zunehmende Verbotskultur und eine kantonale Lösung klar der falsche Weg. Der Vorstoss wird abgelehnt.

**Patricia Doka-Bräutigam** (Die Mitte) stellt fest, einmal mehr stehe die Frage im Raum, ob auf eine mögliche Bundeslösung gewartet werde oder ob der Entscheid vorweggenommen und eine kantonale Regulierung eingeführt werden solle. In der Mitte-Fraktion herrscht Uneinigkeit über diese Frage. Die Kantone Wallis und Jura haben sich für die zweite Variante entschieden und ein Verbot beschlossen und auch in anderen Kantonen wird ein solches diskutiert. Die Argumente

gegen eine kantonale Lösung sind, dass eine solche aufgrund der Mobilität nicht sinnvoll wäre, und dass auf die Eigenverantwortung gesetzt werden soll. Für ein Verbot spricht jedoch, dass es im Interesse von Gesundheits- und Umweltschutz nicht mehr ausreicht, nur auf die Eigenverantwortung zu setzen. Wahrscheinlich kann zudem noch lange auf eine nationale Lösung gewartet werden, wenn denn überhaupt eine kommt. Es wäre doch auch einmal ein Zeichen, wenn der Kanton Basel-Landschaft in der Deutschschweiz vorangehen und so den Druck auf Bundesbern erhöhen würde. Gut die Hälfte der Mitte-Fraktion würde eine Motion unterstützen, einzelne nur ein Postulat und ein Teil lehnt den Vorstoss vermutlich so oder so ab.

**Yves Krebs** (GLP) sagt, auch in der GLP-Fraktion bestehe Uneinigkeit, nun habe sich aber mit ihm zuerst der «unliberale Verbotsflügel» zu Wort gemeldet. Es gibt einfach Situationen, in denen man nicht an einem Verbot vorbei kommt. Yves Krebs ist aus ökologischen und gesundheitlichen Gründen für ein Verbot der Einweg-E-Zigaretten. Eine der besten Entscheidungen, die er in seinem Leben je gefällt hat, geschah mit 13 Jahren im Schwimmbad in Pratteln. Er wollte dort nämlich der Coolste sein und hat vor den Mädchen geraucht. Ihm wurde von der Zigarette so schlecht und er fand es so eklig, dass er nachher nie mit Rauchen angefangen hat. Das Ekelgefühl ist sehr wichtig. Dies zeigt sich auch beim Alkohol: Mit dem Aufkommen der Alkopops ging das Ekelgefühl beim Alkoholkonsum verloren, die Jugendliche haben sich bis ins Delirium mit Alkopops betrunken, bis sie dann verboten wurden. Aus ökologischen Gründen ist es Wahnsinn, dass ein elektrisches Produkt für den einmaligen Gebrauch hergestellt wird. Man muss endlich aufhören mit dem Elektro-Billigschrott. Dies gilt auch für die Shared Mobility und deren Anbieter, die ihren Elektro-schrott in die Städte stellen. Auf EU-Ebene wird es wahrscheinlich ohnehin irgendwann eine Regelung betreffend Einweg-E-Zigaretten geben. Noch zum Totschlagargument, dass man sich auch bei einem Verbot das Produkt noch beschaffen könnte: Dies gilt auch für Koks, obwohl Kokain verboten ist. Kokain kann problemlos am Claraplatz beschafft werden.

**Sandra Strüby-Schaub** (SP) sagt, aus Sicht der SP-Fraktion werde aus Gründen der Gesundheit, des Jugendschutzes und der Abfallverminderung ein Postulat unterstützt. Die meisten Fraktionsmitglieder würden auch eine Motion unterstützen.

Aus Sicht von **Tim Hagmann** (GLP) sollten in einem liberalen Staat Erwachsene die Freiheit haben, selber zu entscheiden, was sie konsumieren, auch wenn dies gesundheitliche Risiken birgt. Der Mensch berauscht sich seit Anbeginn seiner Zeitschreibung und sämtliche Versuche, dies zu unterbinden, haben dazu geführt, dass er sich nicht weniger berauscht hat, sondern weiterhin berauscht, einfach mit Mitteln, die vielleicht weniger gut kontrolliert worden sind. Die Möglichkeit, informierte Entscheidungen zu treffen, ist ein Grundpfeiler der liberalen Gesellschaft. Anreize zur Schadenminderung und Aufklärung sind die sinnvollen Mittel und Methoden und Verbote schränken schlicht nur die Eigenverantwortung ein und verunmöglichen eben auch, gewisse Erfahrungen zu machen – wie sie Yves Krebs gemacht hat –, die wertvoll sind beim Aufwachsen. Es ist wertvoll, vielleicht auch mal berauscht zu sein, sich zu übergeben und dann zu merken, dass dies nicht so toll ist. Zum Thema Gesundheit: Toxikologische Gutachten zeigen sehr wohl, dass bestimmte Aromastoffe der E-Liquids, das Zimtaldehyd und Vanillin, potenziell gesundheitsgefährlich sein mögen. Aber das gilt ebenso für normale Zigaretten und auch für eine der schlimmsten Drogen, welche wohl die Mehrheit der Anwesenden konsumiert: den Alkohol. Zigaretten und Alkohol werden aber auch nicht verboten. Möchte man in einer liberalen Gesellschaft den Jugendschutz stärken, dann sollte über Werbeverbote und über Kontrollen gesprochen werden. Pauschale Verbote sind jedoch nicht richtig.

Noch zum Thema des Umweltschutzes: Es ist absolut blödsinnig, dass diese Einweg-E-Zigaretten weggeworfen werden. Aber genauso blödsinnig sind die Einweggrille oder die Festivalzelte für CHF 30.–, die liegen gelassen werden, oder irgendwelche billigen Gummibote, die nach einmaliger

Verwendung im Abfall landen. Hier geht es aber um Eigenverantwortung. Eigenverantwortung ist notwendig, um diese Dinge in den Griff zu bekommen. Es ist nicht möglich, alles mit einem Verbot zu lösen. Aus diesem Grund ist die GLP-Fraktion grossmehrheitlich gegen eine Überweisung sowohl als Postulat als auch als Motion.

**Balz Stückelberger** (FDP) möchte im Gegensatz zu Yves Krebs darauf verzichten, Ausführungen zu seinem persönlichen Balzverhalten im Kontext mit Nikotinprodukten zum Besten zu geben. *[Heiterkeit]* Er kann aber mitteilen, dass die FDP-Fraktion geeint sei; bekanntlich gibt es nur einen liberalen Flügel. Dieser lehnt sowohl Motion als auch Postulat ab. Es wird zur Kenntnis genommen, dass man auf Bundesebene drauf und dran ist, eine Regulierung zu finden. Daher geht es nur um die Frage, ob das Thema so brennend ist, dass der Kanton Basel-Landschaft sich als Verbotskanton positionieren und in vorauseilendem Gehorsam den Bund überholen muss, was letzten Endes zu einem Regulierungsflickenteppich in diesem Bereich führt, den die FDP-Fraktion grundsätzlich ablehnt. An Andrea Heger: Das Thema soll nicht geschmälert werden. Auch sollen die Einweg-E-Zigaretten nicht verharmlost werden. Aber man sollte abwarten, bis der Bund dies reguliert.

**Simon Tschendlik** (Grüne) zieht es die Zehennägel hoch; er versteht die Welt nicht mehr. Mit Tim Hagmann ist er in fast 99 % der Fälle einig. Jetzt aber liegt Tim Hagmann falsch – und andere leider ebenfalls. Es geht nicht um einen Gesundheitsschutz. Simon Tschendlik ist völlig egal, wenn jemand auf die Werbung hereinfällt. Ja: Eigenverantwortung. Der Mensch berauscht sich seit 5'000, 6'000 oder 7'000 Jahren; in der Bibel gibt es bereits Beispiele davon. Unbestritten, dieses Recht soll weiterhin bestehen. Zur Diskussion steht eine reine Umweltfrage! Dass der Landrat dies überhaupt diskutieren muss, irritiert. Es ist ein No-Brainer. Was ist in den E-Zigaretten drin? Ein Lithium-Ionen-Akku, ein Integrated Circuit, also ein kleiner IC, ein Computer-Controller, und die Dinger sind verklebt. Gemäss den Ausführungen von EUWID Recycling und vom Schweizer Recyclingdienst werden 20 % der E-Zigaretten (nicht der Single-Use-E-Vapes) bereits recycelt. Und noch viel weniger von den E-Zigaretten kommen wirklich in den Recyclingkreislauf. Man wirft sie einfach weg, sie landen im Haushaltsabfall. Die Frage ist, was mit diesen Single-Use-E-Vapes geschehen soll. Es ist doch völlig unsinnig, eine Ressource zu nehmen, zu verkleben und dann schier unrecycelbar in die Schweiz zu bringen. Und jetzt kann man noch lange warten, ob der Bund darüber entscheiden soll oder der Kanton. Der Kanton sendet ein klares Signal für den Umweltschutz, wenn er, so wie man es in der Schweiz gewohnt ist, nachhaltig und vorausschauend unterwegs ist. Das Produkt hat nichts mit Nachhaltigkeit zu tun: Es ist pure Idiotie und Ressourcenverschleiss. Alle anderen aber können weiter vaperen, so viel sie wollen, bis sie im Spital landen. Es geht lediglich um die umwelttechnische Frage. Und Simon Tschendliks Zehennägel werden immer noch oben stehen, falls der Landrat den Vorstoss ablehnt.

**Stefan Meyer** (SVP) «lüpft» es, während es Simon Tschendlik die Zehennägel nach oben rollt, bei diesem Vorstoss den imaginären Hut, aber wahrscheinlich aus einem anderen Grund. *[Heiterkeit]* Daran anknüpfend, wo Tim Hagmann aufgehört hat: Es handelt sich um eine absolut isolierte Betrachtung, die der Landrat hier einnimmt, denn es geht um ein Produkt, das Andrea Heger offenbar nicht gefällt (was absolut legitim ist). Trotzdem nochmals zum gesundheitlichen Aspekt: Mit dem neuen Tabakproduktegesetz werden die E-Zigaretten effektiv besteuert, aber weniger hoch als konventionelle Zigaretten, weil der Gedanke ist, dass sie potenziell weniger schädlich sind als die konventionellen Zigaretten. Es stimmt natürlich auch nicht, dass es sich um eine Einstiegsdroge handelt; es ist vielmehr eine Ausstiegsdroge. Dazu gibt es Umfragen des Bundesamts für Gesundheit. Die allermeisten Leute, die diese Produkte rauchen, sind solche, die zuerst konventionelle Zigaretten geraucht haben und erstere als Hilfe zum Aussteigen nehmen. Wo war zu lesen, dass der Raucheranteil bei den Jungen wieder steigt? Stefan Meyer verfolgt die schweizerische

Gesundheitsbefragung, die seit 1992 durchgeführt wird und damit einen Zeitraum von 30 Jahren überblickt. Derzeit besteht bei den 15- bis 24-Jährigen mit rund 26 % der tiefste Anteil an Raucherinnen und Rauchern. Der Anteil lag einmal bei etwa 50 %. Den Umweltgedanken versteht der Redner voll und ganz. Es ist ein Irrsinn, Einweg-Geräte mit einem Akkuträger zu entsorgen, nachdem man einmal gepafft hat. Aber dies ist wieder eine isolierte Betrachtung. Was ist mit den Millionen Zigarettenstummeln in der Schweiz, die jeden Tag am Boden und in der Natur landen, wo sie zu Mikroplastik zerfallen, Giftstoffe freisetzen und von Lebewesen aufgenommen werden? Dazu war im Vorstoss nichts zu lesen. Das Problem der Akkuträger besteht tatsächlich und die Einweg-E-Zigaretten gehören richtig entsorgt. Daher gibt es auch die vorgezogene Recyclinggebühr, wie bei Küchengeräten, Bügeleisen, Tumbler oder Sextoys (wobei man bei Letzteren auch nicht sicher sein kann, wie viele richtig entsorgt werden). Die fehlende Sensibilität für den gesamten Markt führt zu Innovation. Wo reguliert wird, machen die Hersteller sofort Anpassungen. Die Einweg-E-Zigaretten gehen schon wieder zurück. Heute gibt es vor allem Potsysteme. Man hat einen Akkuträger mit einem Pot mit Flüssigkeit. Der Pot selber enthält allerdings Elektronik. Wenn die Leute aufgrund des Verbots von Einweg-E-Zigaretten auf solche Produkte umsteigen, ist nichts gewonnen. Denn die Hürde ist nicht so hoch, einen leeren Pot im nächsten Robidog oder Abfall zu entsorgen. Fakt ist schliesslich, dass ein Problem beim Vollzug besteht. Die falsche Entsorgung müsste härter und konsequenter bestraft werden. Die Leute müssten aufgeklärt werden und man müsste vor allem ein niederschwelliges Entsorgungssystem etablieren. Beim heute diskutierten Verbot ist nicht einmal mit Kanonen auf Spatzen geschossen, sondern es entspricht einfach einem Schuss in den Ofen.

**Andrea Heger** (EVP) kann Stefan Meyer die genauen Quellen aus dem Stegreif nicht angeben, denn sie hat in den letzten Monaten sehr viel zum Thema gelesen. Allerdings hat sie nicht gesagt, der Anteil sei schon immer gestiegen, sondern er sei laut diesen Studien gesunken und jetzt wieder im Steigen begriffen. Ein Pfand wäre eine Variante. Die Rednerin sieht dies jedoch kritisch, weil auch wenn korrekt recycelt wird, ein grosser Aufwand für die Produktion nötig ist. Es wäre wirklich besser, man würde das Produkt für den mehrmaligen Gebrauch machen. Tim Hagmann hat den grossen Freiheitsdrang und Freiheitsruf. Andrea Heger hat im Voraus angefragt um Unterstützung für die Motion. Und dann hiess es immer wieder, man sehe die Gesundheitsschädigung usw. Dieser riesige Freiheitsruf scheint Andrea Heger hier fehl am Platz. Alle sind sich einig, wie es auch an der vorletzten Sitzung zu hören war, dass die eigene Freiheit dort aufhören soll, wo diejenige der anderen eingeschränkt wird. Und wie vorhin zu hören war, werden mit dem Gebrauch und dem Wegwerfen, das eben oft nicht korrekt erfolgt, die Umwelt, die Mitmenschen und am Schluss aufgrund der hohen Gesundheitskosten auch noch das Portemonnaie aller geschädigt. Wer ein Rauschrauchen will, soll dieses bitte mit Mehrwegprodukten erreichen. Balz Stückelberger hat ein schweizweites Vorgehen erwähnt. Die Mühlen mahlen jedoch sehr langsam. Zudem gibt es eine ziemlich starke Lobby, die Gewisses verwässern oder überhaupt entfernen will. Man sieht auch, wie der Bundesrat argumentiert. Zum Glück sah es der Nationalrat anders, aber es ist noch nicht bekannt, wie der Ständerat reagieren wird. Auch Stefan Meyer hat von der schweizweiten Gesetzgebung gesprochen. Nach dieser gelten die E-Zigaretten aber immer noch als Ware und sind nicht der Gesetzgebung über die Raucherware unterstellt, die strenger wäre. Weiter wurden andere Kantone und vor allem das Ausland erwähnt. Andere Kantone sind ebenfalls dran und führen solche Diskussionen. Wenn man immer sagt, Basel-Landschaft sei ein kleiner Kanton und da bringe dies sowieso nichts, dann kann man es schon bleiben lassen. Andrea Heger kann leider nicht die ganze Welt retten, aber wenn Stefan Meyer es unterstützen würde, könnte sie mal schauen, ob sie einen solchen Vorstoss einreichen könnte. Bis dahin kann ein Blick über die Landesgrenze geworfen werden. In Deutschland, Grossbritannien, Irland und Frankreich sind Bestrebungen im Gang, ein Verbot einzuführen. Der Bund sagt, dies ergebe ein Problem mit der EU.

Dem ist aber nicht so. Denn in der Zwischenzeit hat die EU-Kommission beschlossen, dass die einzelnen Länder ein Verbot einführen können. Belgien möchte dies schon 2025 tun. Die Argumente mit dem Ausland sind damit nicht stichhaltig genug. Wer jetzt vielleicht verunsichert wurde durch gewisse Argumente, kann sich vielleicht zurückbesinnen. Es muss wirklich eine Motion sein.

**Simon Tschendlik** (Grüne) hat sich zwischenzeitlich etwas beruhigt, versteht jedoch immer noch nicht, dass ein Gesundheitsthema vordergründig so weiter diskutiert wird. FCKW ist ein sehr gutes Beispiel. Dieses wird nicht mehr als Triebmittel benutzt, weil es der Umwelt schadete und irgendeiner damit anfangen musste. Man wusste schon in den 1980er-Jahren, dass es ein riesiges Problem ist, aber erst in Montreal wurde gemeinsam entschieden, vorwärts zu gehen. Jetzt könnte man sagen, genau so müsse man es auch machen; man müsse warten, bis der Bund etwas tut. Aber es geht um das Signal und die Akzeptanz. Gewisse Leute wollten den Rhein vergiften und erst Gesetze haben dazu geführt, dass es nicht dazu gekommen ist. Es geht darum, ein schädliches Produkt, das sich schlecht rezyklieren lässt, eben gar nicht mehr hierherkommen zu lassen. Angebot und Nachfrage müssen in Einklang gebracht werden. Man muss sich bewusst sein, dass die Schweiz jedes Jahr derart gigantische Mengen an E-Waste produziert, dass sie führend ist und weltweit auf dem dritten Platz steht (pro Kopf). Das Verbot von Einweg-E-Zigaretten ist ein kleiner Schritt, aber führt dazu, dass es besser wird. Die Gummiboote, welche die Aare und den Rhein hinunterfahren, nerven Simon Tschendlik ebenfalls. Das heisst aber nicht, dass dies legitimiert wird und es daher gut ist. Mit den Einweg-E-Zigaretten wird bei etwas begonnen, das sensibel und schlau ist, ohne die Freiheit des Individuums so einzuschränken, dass es gar nicht mehr rauchen kann. Es geht nur um das einzelne Produkt.

**Irene Wolf-Gasser** (EVP) unterstützt die Motion ihrer Parteikollegin. Die genannten Argumente sollen nicht wiederholt werden. Aber eine kurze Replik an Stefan Meyer, der fragte, wo zu lesen gewesen sei, dass Junge wieder mehr rauchen würden. Die Kurve ging lange runter, aber jetzt scheint sie wieder zu steigen. Und dazu ist ganz kürzlich, am 25. Januar 2025, in der NZZ ein Artikel von Mirko Plüss erschienen. Stefan Meyer meinte auch noch, man sollte die Sündenböcke fahnden, welche die Abfälle wild entsorgen würden. Es ist wahrscheinlich klar, dass dies ein Ding der Unmöglichkeit wäre. Denn wie gesagt wurde, sind sie überall zu finden (im Robidog, im Wald, im nächsten Fluss). Dort ist nicht nachvollziehbar, wer das Produkt weggeworfen hat.

**Andreja Weber** (FDP) findet, man müsse naiv sein, wenn man daran glaube, dass eine Person, die Einweg-E-Zigaretten besorgen wolle, dies bei einem Verbot in Basel-Landschaft nicht in Solothurn, im Aargau, in Deutschland, in Frankreich oder über das Internet tun könne. Ein solches Verbot ist nicht einmal das Papier wert, auf dem es geschrieben steht. Will man eine Lösung, so ergibt nur eine nationale Sinn. Daher sollten sowohl die Motion als auch das Postulat abgelehnt werden.

**Yves Krebs** (GLP) äussert sich zum Begriff Liberalität. Elektroschrott im Rhein, im Strassengraben und in der Kanalisation und Kurzschlüsse in Abfallanlagen und Brände sind sehr liberal. *[zustimmendes Klopfen]*

Nach einer Abstimmung, in der die Motion mit 34:32 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt wird, ist Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) ist der Meinung, die Abstimmung müsse wiederholt werden. Dem Präsidium wird ein Ratsmitglied, das nach eigener Angabe abgestimmt hat, nicht angezeigt. Möglicherweise hat dieses Mitglied zweimal gedrückt.

://: Mit 36:35 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Motion abgelehnt.

---

